

GEMEINSAM

Für eine starke Wirtschaft



Ständerätin und SRF-Präsidentin Karin Keller-Sutter plädiert für ein gemeinsames Einstehen für eine freiheitliche Schweizer Wirtschaftsordnung – ohne unerwünschte Einschränkungen bei der Handelsfreiheit. In diesem Bereich kommt auf die Schweizer Wirtschaft allerdings so einiges zu.

Der Schweiz geht es gut. Natürlich steht auch unser Land vor grossen Herausforderungen. Ich denke etwa an die Sanierung der Sozialwerke, die Bereinigung der Altlasten unseres Finanzplatzes, die Regelung unserer Beziehung mit der EU oder den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit und unseres Wohlstandes. Zudem nimmt der internationale Druck zu. Die Versuchung, dass jene, denen es weniger gut geht, dort etwas holen, wo es besser ist, ist gross. Dies gilt vor allem dann, wenn man selbst kaum Licht am Ende des Tunnels sieht. Die Schweiz ist – das wissen wir – ein Erfolgsmodell. Wir haben im Gegensatz zu vielen europäischen Staaten die Finanz- und Schulden-

krise gut gemeistert. Die Verschuldung ist tief, die Arbeitslosigkeit ebenso. Und trotzdem spüren auch wir die Veränderungen, die in der Bevölkerung auch un-gute Gefühle auslösen. Verschiedene Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft machen die Sehnsucht nach Werten, nach einem Kompass spürbar. Die Rückbesinnung auf Werte ist an sich positiv. Problematisch ist, dass die Vermittlung dieser Werte und die Korrektur von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zunehmend vom Staat erwartet werden. So hat der Ständerat unlängst ein totales Alkoholverkaufsverbot zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschlossen. Damit will



Fotos: thinkstock, SRF

man die Jugendlichen schützen. Was gut gemeint ist, führt jedoch oft zu einer Bevormundung aller Bürgerinnen und Bürger und zu einer Einschränkung der Handelsfreiheit. Das Augenmass für die gezielte Bekämpfung von unerwünschten Erscheinungen scheint abhanden gekommen. Diese Entwicklung widerspricht der liberalen Tradition unseres Landes. Gleich verhält es sich mit der staatlichen Lohnaufsicht über die 1:12-Initiative oder die Mindestlohninitiative. Beide

Initiativen bedeuten faktisch eine Kündigung der bewährten Sozialpartnerschaft, sind es doch in der Schweiz die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich über die Löhne verständigen – und nicht der Staat. Was diese Rezepte in Europa bewirkt haben, können wir täglich in den Medien mitverfolgen. Je stärker der Staat in den

Karin Keller-Sutter, Ständerätin FDP aus Wil SG, ist seit kurzem auch die neue Präsidentin der Swiss Retail Federation (SRF).

Arbeitsmarkt eingreift, desto höher die Arbeitslosigkeit und desto tiefer die Löhne. Sorgen bereitet mir auch die Erbschaftssteuereinitiative, die viele KMU und damit auch Einzelhandelsbetriebe in ihrer Existenz bedroht.

*Karin Keller-Sutter, Ständerätin,
Präsidentin Swiss Retail Federation*

www.swiss-retail.ch

Opacc,Kriens: Motiv folgt neu
 Rubrik:
 Motiv: Motiv folgt neu
 Kunde: Opacc,Kriens
 Bemerkung:
 x mm